

FNG-WAHLPRÜFSTEINE ZUR NATIONALRATSWAHL 2017



© Parlamentsdirektion/Peter Korrak

Das Forum Nachhaltige Geldanlagen (FNG) hat zusammen mit der Österreichischen Gesellschaft für Umwelt und Technik (ÖGUT) fünf österreichischen Parteien ÖVP, SPÖ, FPÖ, den Grünen, und den NEOS im Vorfeld zur Nationalratswahl am 15. Oktober 2017 insgesamt 18 Fragen zu Nachhaltigen Geldanlagen und einer Nachhaltigen Finanzindustrie gestellt. Dabei ging es um die Bereiche Allgemeine Nachhaltigkeit und Finanzmarkt, Qualität/Transparenz und Berichterstattung, Bewusstseinsbildung und Ausbildung, Nachhaltigkeit und Öffentliche Hand, Nachhaltige Wirtschaft sowie konkrete Regulierungsvorstellungen. **Die SPÖ hat die Wahlprüfsteine leider nicht beantwortet. Die FPÖ und die ÖVP haben jeweils kompakte Antworten vorgelegt, die sich den einzelnen Fragen nicht direkt zuordnen lassen und deshalb am Ende dieses Dokuments zu finden sind.**

ALLGEMEIN NACHHALTIGKEIT IM FINANZMARKT

1. WELCHE BEDEUTUNG UND ROLLE KOMMT IHRES ERACHTENS NACH DEM FINANZSEKTOR ZU, UM NACHHALTIGKEIT ZU FÖRDERN – ETWA MIT BLICK AUF DIE ENERGIE-, AGRAR- UND E-MOBILITÄTSWENDE ODER AUCH AUF SOZIALE THEMEN WIE ARBEITS- UND MENSCHENRECHTE?



Da der Finanzierung für die Umsetzung von Projekten aus den genannten Bereichen eine Schlüsselrolle zukommt, nimmt der Finanzsektor eine wesentliche Bedeutung ein. Es ist daher wichtig, dass Anreize gesetzt werden, damit ausreichend Finanzmittel in geeigneter Form und zu günstigen Konditionen zur Verfügung stehen.



NEOS stehen für die Schaffung eines ‚Innovationsfonds‘ bzw. die Ausgabe von Infrastrukturanleihen zur langfristigen Finanzierung ökologisch nachhaltiger Infrastruktur z.B. im Bereich Energie-, Agrar-, und E-Mobilitätswende.

Der Finanzsektor kann durch Kreditvergaben großen Einfluss auf die Wende zur Nachhaltigkeit nehmen. Grundsätzlich spielt aus unserer Sicht, Transparenz eine entscheidene

Rolle. Denn in der Regel wird der Finanzsektor auf Nachhaltigkeit reagieren, sofern er nötige Informationen hat. Denn letztlich sind vor allem nur im umfassenden Sinn nachhaltig wirtschaftende Unternehmen auch langfristig wirtschaftlich solide Kunden. Das Gleiche gilt für Arbeits- und Menschenrechte: Wo diese missachtet werden, ist keine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung zu erwarten, da diese oft mit Instabilität verbunden sind – daher ist der Anreiz zu Investitionen in diesen Regionen bereits jetzt nicht gegeben.

2. WAS PLANEN SIE, DAMIT DIE FINANZWIRTSCHAFT IHRE SCHLÜSSELROLLE FÜR DIE UMSETZUNG DER SUSTAINABLE DEVELOPMENT GOALS UND DES KLIMAABKOMMENS VON PARIS BESTMÖGLICH ERFÜLLEN KANN?



In Zusammenhang mit dem Klimaabkommen von Paris ist es wesentlich, dass die finanziellen Risiken von Unternehmen, die in fossilen Sektoren tätig sind, umfassend und transparent dargestellt werden. Gleichzeitig sollten auch institutionelle Investoren wie z. B. Versicherungen oder Pensionskassen, dazu verpflichtet werden, ihre Investments in fossile Sektoren offen zu legen. Das gilt natürlich auch für Banken, in der Kreditvergabe. Im Bereich der privaten Geldanlage geht es insbesondere darum, Bewusstsein zu schaffen. D. h. die Anleger müssen über das Risiko fossiler Investitionen aufgeklärt werden. Zudem muss das Anlageuniversum erklärt werden, d. h. über die Möglichkeit ethischer Investments ist stärker zu informieren.



NEOS stehen voller Überzeugung hinter den Zielen der 2015 in Paris beschlossenen Agenda 2030. Insbesondere die Stärkung neuer Partnerschaften bei der Finanzierung und Umsetzung der SDGs eröffnet die Chance auf eine wirklich nachhaltige Entwicklung. Diese neuen Partnerschaften sind geprägt von der Idee, dass Investitionen die heute getätigt werden, unmittelbar, aber auch langfristig, die Wirtschaft im In- und Ausland stärkt und Innovation begünstigt. Innovation und Finanzierung sind daher enger zu verschränken und neue langfristige Finanzierungsinstrumente zu erschließen. Das Grundprinzip der NEOS lautet ‚besser finanzieren statt schlecht fördern‘. NEOS setzt außerdem auf die Eigenverantwortung der Unternehmen – diese müssen entscheiden, ob ihre Firmenstrategie mit den SDGs vereinbar sind (siehe dazu auch die Antwort auf Frage 1).

3. WIE SCHÄTZEN SIE EUROPÄISCHE INITIATIVEN WIE DIE CAPITAL MARKETS UNION (CMU) ODER DIE DIREKTIVEN ZU INSTITUTIONS FOR OCCUPATIONAL RETIREMENT PROVISION (IORPs) UND ZU SHAREHOLDER RIGHTS (SRD) EIN? WIE PLANEN SIE DIE UMSETZUNG IN ÖSTERREICHISCHES RECHT?



Die CMU, IORPs und SRD bieten die Chance, die Umsetzung von nachhaltigen Geldanlagen zu beschleunigen. Bei der Umsetzung in österreichisches Recht werden wir jedenfalls darauf achten, diesen Gedanken Rechnung zu tragen.



Da der Finanzmarkt Österreich verhältnismäßig klein ist und selbst österreichische Banken sich stark internationalisiert haben, sind nationale Regeln nicht sinnvoll – falls erforderlich, sollten diese auf EU Ebene geregelt werden. NEOS unterstützen sowohl die CMU als auch die rasche Umsetzung der IORP II Direktive.

QUALITÄT/TRANSPARENZ/BERICHTERSTATTUNG

4. WELCHE TRANSPARENZ IN PUNKTO NACHHALTIGKEIT ERWARTEN SIE VON DEN FINANZMARKTAKTEUREN (BANKEN, KAGS, VERSICHERUNGEN ETC.) BEI IHREN INVESTITIONEN, PRODUKTEN, AKTIONÄRSAKTIVITÄTEN UND AUCH KREDITVERGABEN? WELCHE REGULATORISCHEN MAßNAHMEN PLANEN SIE?



Regulatorische Maßnahmen sollten grundsätzlich auf supranationaler Ebene, etwa im Rahmen der EU, der OECD oder auf G20-Ebene, ansetzen. Hier ist die Bundesregierung dazu aufgefordert, auf europäischer Ebene auf Initiativen zu pochen. Wie bereits erwähnt, ist es wesentlich, die finanziellen Risiken von fossilen Investments konkret und transparent darzustellen. Da stellt sich auch die Frage nach einem verbindlichen Bewertungsmodell, das es zu implementieren gilt. Im Bereich von ethischen Investments generell, geht es vor allem um eines: Transparenz, Transparenz, Transparenz. Die Anleger sollen wissen, wofür ihr Geld verwendet wird.



Es wird sinnvoll sein, Basel III zu evaluieren und zu prüfen, welche regulatorischen Maßnahmen sinnvoll sind und welche nicht.

5. WELCHE VORSTELLUNG HABEN SIE VON EINER (VERPFLICHTENDEN) SYSTEMATISCHEN RISIKOBEWERTUNG VON UNTERNEHMEN HINSICHTLICH UMWELT-, KLIMA-, MENSCHENRECHTS-, ARBEITS- UND SOZIALBELANGEN EINSCHLIEßLICH DER LIEFERKETTE?



Siehe Punkt 7.



Verpflichtend nein – wir glauben der mündige Konsument ist in der Lage, das selbst zu bewerten und entsprechend zu agieren. Aber Transparenz an sich hat einen Wert. Ein Unternehmen, das alles offen legt und sein Risiko (extern) bewerten lässt, ist marketingtechnisch wahrscheinlich auf einem guten Weg.

6. DAS FRANZÖSISCHE GESETZ ZUR ENERGIEWENDE UND GRÜNEM WACHSTUM HAT INTERNATIONAL VIEL ANERKENNUNG ERFAHREN. SO VERPFLICHTET UNTER ANDEREM ARTIKEL 173 INVESTOREN DAZU, DIE KLIMARISIKEN IHRER AKTIVITÄTEN ODER AUCH IHRE NACHHALTIGKEITSSTRATEGIE OFFENZULEGEN. HALTEN SIE DIE EINFÜHRUNG EINES ÄHNLICHEN GESETZES IN ÖSTERREICH FÜR SINNVOLL?



Ja.



Bei dieser Art der Offenlegungspflicht kommt es oft auf die Details an. Man muss abwägen, wann ein zusätzlicher Verwaltungsaufwand nötig ist und was er wirklich bringt. Meist werden diese Berichte kaum bis gar nicht beachtet. Grundsätzlich glauben wir, Besteuerung des Ressourcenverbrauchs und sinnvoll gestaltete Abgaben auf Emissionen (in der Definition der IPPC Richtlinie) sind wirksamer als die Produktion von Papier.

7. DIE NEUE EU-DIREKTIVE ZU NICHTFINANZIELLEN INDIKATOREN („CSR-RICHTLINIE“) FORDERT SEIT ANFANG DIESEN JAHRES – MIT VIEL HANDLUNGSSPIELRAUM IN DER UMSETZUNG - MEHR TRANSPARENZ VON GROßEN UNTERNEHMEN ZU ÖKOLOGISCHEN UND SOZIALEN FAKTOREN. WELCHE VORSTELLUNG HABEN SIE VON EINER (VERPFLICHTENDEN) SYSTEMATISCHEN RISIKOBEWERTUNG VON UNTERNEHMEN HINSICHTLICH UMWELT-, KLIMA-, MENSCHENRECHTS-, ARBEITS- UND SOZIALBELANGEN EINSCHLIEßLICH DER LIEFERKETTE?



Große Unternehmen sollten ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden. Daher sollen sie über die ökologischen und sozialen Aspekte ihrer unternehmerischen Tätigkeit öffentlich informieren. Es braucht dazu ein verbindliches Rahmenwerk auf zumindest europäischer Ebene. NGOs können hier eine Schlüsselrolle spielen, indem sie ihr Know-how in die Erstellung dieses Rahmenwerkes mit einbringen, Unternehmen beraten, aber auch Missstände aufzeigen.



Hier gilt sinngemäß das Gleiche wie bei Frage 6: – handeln statt Papier produzieren. Langfristig planende Unternehmen müssen ökologische und soziale Faktoren miteinbeziehen, um daraus resultierende Risiken zu minimieren.

Bewusstseinsbildung/Ausbildung

8. WELCHE MAßNAHMEN PLANEN SIE ZUR BEWUSSTSEINSSTEIGERUNG FÜR NACHHALTIGKEITASPEKTE VON FINANZPRODUKTEN BEI PRIVATEN UND INSTITUTIONELLEN INVESTOREN?



Die Menschen wollen zu Recht wissen, was mit ihrem Geld passiert. Es ist daher wichtig, dass die Veranlagungsstrategie von institutionellen Investoren transparent gemacht wird. Das betrifft insb. die finanziellen Risiken in Zusammenhang mit fossilen Investments, aber auch die ethischen Aspekte ihrer Investments. Bei privaten Investoren wird Bewusstseinssteigerung am besten dadurch erreicht, dass Nachhaltigkeit Thema im Beratungsgespräch wird.



Das liegt in der Eigenverantwortung der Investoren – auch diese werden sich an Nachhaltigkeitskriterien orientieren. Bewusstseinsbildung sollte vielmehr in der breiten Bevölkerung passieren, der Markt wird darauf reagieren.

9. PLANEN SIE, MIT BLICK AUF NACHHALTIGKEIT, ÄNDERUNGEN IM BEREICH DER BERATUNGSPFLICHT (Z.B. DIE ETHISCHE FRAGE IM BERATUNGSGESPRÄCH VERPFLICHTEND EINZUFÜHREN) ODER EINE BERATUNGSDOKUMENTATION?



Beides ist sinnvoll, um nachhaltige Veranlagung besser in den Köpfen der Menschen zu verankern. Bei Produktinformationsblättern sollte zudem der Nachhaltigkeitsaspekt des Investments angeführt werden.



NEOS wollen keine Änderungen der Beratungspflicht, Kunden können eigenverantwortlich nachfragen. Eine Beratungsdokumentation wird bei den Banken durchgeführt.

NACHHALTIGKEIT UND ÖFFENTLICHE HAND

10. WELCHE MAßNAHMEN STELLEN SIE SICH FÜR DAS MANAGEMENT UND DIE VERWALTUNG VON ÖFFENTLICHEM VERMÖGEN UND VERMÖGEN VON UNTERNEHMEN DER ÖFFENTLICHEN HAND VOR, UM NACHHALTIGE ASPEKTE STÄRKER ZU BERÜCKSICHTIGEN?



Generell ist Finanzbildung ein großes Thema und sollte bereits in der Pflichtschule erfolgen. Dabei geht es jedoch nicht ausschließlich darum, den Menschen bessere Kenntnisse zur Geldanlage zu vermitteln. Das Ziel sollte darin liegen, die Menschen zu befähigen, wirtschaftliche und finanzielle Zusammenhänge zu verstehen und sie damit zu befähigen, eigenverantwortlich fundierte Entscheidungen in wirtschaftlichen Fragen treffen zu können. Die Vermittlung von Nachhaltigkeitsaspekten ist dabei ein wesentlicher Bestandteil. Die Vermittlung dieser Aspekte ist in den entsprechenden Lehrplänen daher zu berücksichtigen.



Nachhaltigkeit muss ein Schwerpunkt der Ausbildung in allen Institutionen, Ausbildungsrichtungen und allen beruflichen Weiterbildungen sein.

NACHHALTIGKEIT UND ÖFFENTLICHE HAND

11. WELCHE MAßNAHMEN STELLEN SIE SICH FÜR DAS MANAGEMENT UND DIE VERWALTUNG VON ÖFFENTLICHEM VERMÖGEN (Z. B. BEAMTENPENSIONEN) UND DEMJENIGEN, VON UNTERNEHMEN DER ÖFFENTLICHEN HAND, VOR, UM ESG-KRITERIEN STÄRKER ZU BERÜCKSICHTIGEN? WIE SOLLEN HIERBEI DIE VON DER BUNDESREPUBLIK RATIFIZIERTEN ABKOMMEN, KONVENTIONEN UND NORMEN BERÜCKSICHTIGT WERDEN (Z.B. KONVENTIONEN ZUM THEMA STREUMUNITION)?



Ganz klar: die öffentliche Hand sollte eine Vorreiterrolle einnehmen und ihrer Vorbildwirkung entsprechen. D. h. überall dort, wo sie Einfluss hat keine fossilen Investments, ausschließlich Veranlagung im nachhaltigen Bereich, das bedeutet selbstverständlich auch keine Investitionen in Rüstungsunternehmen.



Die gesetzlichen Rahmenbedingungen für Management und Verwaltung von öffentlichen Vermögen sind durch die Reformen des BRA in den Jahren 2009 bis 2012 und die VRV 2015, die bis 2019 auf Landes- und Gemeindeebene einzuführen ist, bereits vorhanden. Das Anliegen von NEOS ist, die Wirkungsorientierung der Budgetierung der öffentlichen Haushalte, die diese Reformen beabsichtigen, mit Leben zu füllen.

Der Zusammenhang zwischen öffentlichem Finanzmanagement und Streumunion ist nicht klar.

12. WIE BEURTEILEN SIE DIE INSTALLIERUNG EINES LEUCHTTURM-PROJEKTES (BSPW. NACH DEM NORWEGISCHEN PENSIONS-FONDS) FÜR NACHHALTIGE ANLAGEN?



Das wäre sehr sinnvoll. Die Ausarbeitung einer entsprechenden Veranlagungsstrategie der öffentlichen Hand, könnte ein solches Leuchtturm-Projekt sein.



NEOS betrachten den norwegischen Weg nachhaltiger Anlagen grundsätzlich positiv – allerdings sind die budgetären Voraussetzungen in Norwegen andere.

13. WELCHE EINSCHÄTZUNG HABEN SIE ZU DER INTEGRATION VON VERPFLICHTENDEN ESG-KRITERIEN (Z.B. MINDESKRITERIEN) BEI DER BEREITSTELLUNG VON STAATLICH GEFÖRDERTEN FINANZPRODUKTEN?



Wir sind den Steuerzahlern gegenüber verpflichtet, sorgsam mit Steuergeldern umzugehen. Das bedeutet auch effektiven Mitteleinsatz. Es macht daher Sinn, eine etwaige staatliche Förderung von Finanzprodukten auch an die Einhaltung von ESG-Kriterien zu binden, um so möglichst viele Ziele der öffentlichen Hand gleichzeitig zu erreichen.



Primär ist auf Wirtschaftlichkeit zu achten. Die Integration von ESG Kriterien ist aus unserer Sicht erstrebenswert, wenn sie mit EU Richtlinien vereinbar ist.

14. PLANEN SIE AUF BUNDESEBENE EINEN GREEN BONDS („KLIMASCHUTZANLEIHE“) ODER SOCIAL BONDS EINZUFÜHREN?



Ein Verbot von Investitionen in Streumunion ist eine geradezu zwangsläufige Konsequenz des Übereinkommens über Streumunion. Die Grünen treten daher auch konsequenterweise für ein gesetzliches Verbot von Investitionen in Streumunion ein.



Eine Ausgabe einer Klimaschutzanleihe ist grundsätzlich denkbar. Über die Ausgestaltung müsste man reden. Grundsätzlich sind wir nicht der Meinung, dass Bankgeschäfte keine Kernaufgaben des Staates sind. Es ist allerdings davon abzuraten, in die Carbon Bubble zu investieren.

Nachhaltige Wirtschaft

15. WELCHEN STELLENWERT RÄUMEN SIE DER NACHHALTIGEN FINANZWIRTSCHAFT AUCH ALS WIRTSCHAFTS- UND STANDORTFAKTOR EIN? WIE BEURTEILEN SIE HIER DIE JETZIGE STELLUNG ÖSTERREICHS IM INTERNATIONALEN VERGLEICH?



Im Bereich der Green Economy gilt generell der First Mover Advantage, das heißt, dass die Vorangehenden den Vorteil und die Nachzügler die Kosten haben werden. Das gilt natürlich auch für die nachhaltige Finanzwirtschaft. Eine rasche Umstellung auf nachhaltige Produkte, in der Real- wie in der Finanzwirtschaft, ist daher essentiell für den Wirtschaftsstandort. Hier gibt es in Österreich sicher noch viel zu tun.



Eine nachhaltige Finanzwirtschaft ist für die wirtschaftliche Entwicklung Österreichs sehr wichtig. Die Leistungen des Staates sind hierbei klar auf schlank gehaltene Verwaltungs- und Versorgungsleistungen sowie volkswirtschaftlich wichtige Infrastrukturleistungen zu beschränken. Ziel der NEOS ist die Budgetkonsolidierung und die Staatsverschuldung zu reduzieren. Im internationalen Vergleich hat Österreich in den letzten Jahren als Wirtschaftsstandort konsequent an Attraktivität verloren. NEOS möchte z.B. durch die Reduzierung der Abgabenquote die Vermeidung von bürokratischen Hürden für ausländische Arbeitskräfte und eine größere Planungssicherheit bei den gesetzlichen Rahmenbedingungen (z.B. Steuern) dem entgegenwirken und Österreich wieder als attraktiven Wirtschaftsstandort etablieren.

16. GRÜNE START-UPS HABEN EINE BEDEUTUNG FÜR DIE ENTWICKLUNG EINER NACHHALTIGEN WIRTSCHAFT, KOMMEN ABER FÜR DIE INANSPRUCHNAHME KLASSISCHER FINANZIERUNGSTRUMENTE ÜBER BANKEN OFT (NOCH) NICHT IN FRAGE. WIE PLANEN SIE, DIE FINANZIERUNG NACHHALTIGER START-UPS ZU FÖRDERN?



Wir wollen Crowdfunding-Möglichkeiten weiter stärken, indem wir die Investitionsbegrenzung im Alternativfinanzierungsgesetz auf 20.000 Euro pro Projekt und Bürger erhöhen. Darüber hinaus wollen wir den Zugang zu staatlich gestützten Mikrokrediten erleichtern und das staatliche Haftungsangebot für Gründer ausweiten.



Unsere Positionen sehen keine Differenzierung nach Geschäftsfeldern vor. Maßnahmen zur Förderung von Start-Ups sind:

- *KöSt auf nicht entnommene Gewinne und Mindest-KöSt abschaffen zur Stärkung von Eigenkapital und Investitionen*
- *Grenze für geringwertige Wirtschaftsgüter auf 1.500 Euro erhöhen*
- *Degressive Abschreibung für Abnutzung ermöglichen*
- *Gleichstellung von Fremdkapital und Eigenkapital für mehr Investitionen und mehr Sicherheit*
- *Steuerliche Gleichstellung von privaten Investoren und Investmentgesellschaften bei Abschreibungsverlusten*
- *Angemessene rechtliche Rahmenbedingungen für Crowd Funding*
- *Für jeden die richtige Rechtsform (von Start-Up bis zum industriellen Familienbetrieb): Sharing Economies, GmbH Zero und AG Light*
- *Die Bereitstellung von Risikokapital in der Anschlussfinanzierung für Start-Ups erleichtern*

17. WELCHE HERAUSFORDERUNGEN UND POTENZIALE BIRGT DIE DIGITALISIERUNG IHRER ANSICHT NACH FÜR EINE NACHHALTIGE WIRTSCHAFT UND SPEZIELL FÜR EINE NACHHALTIGE FINANZWIRTSCHAFT?



Die Digitalisierung bietet große Chancen für nachhaltige Dienstleistungen, Produkte und Innovationen. Insbesondere im KMU-Bereich wollen wir hier einen Förderschwerpunkt setzen, um Digitalisierung, Forschung und Innovation voranzutreiben. Das bietet wiederum Investitionschancen für nachhaltige Anleger.



Die Digitalisierung betrifft primär den produzierenden Sektor – die Finanzwirtschaft ist nur indirekt als Kreditgeber betroffen. NEOS treten deshalb auch für eine kontinuierliche Weiterbildung der Arbeitnehmer_innen ein, um besser auf eine sich stetig verändernde Arbeitswelt gerüstet zu sein: Wie jede industrielle Revolution wird die Digitalisierung zu einer Zunahme des Arbeitsvolumens führen, wobei v.a. niedrig qualifizierte Arbeitsplätze durch hochqualifizierte ersetzt werden.

Das Nachhaltigkeitspotenzial liegt zum einen in einer Reduktion des Ressourcenverbrauchs, zum anderen im Verschwinden körperlicher Schwerarbeit, die zu frühzeitiger Arbeitsunfähigkeit führt.

Konkrete Regulierungsvorstellungen

18. WELCHE KONKRETE VORSTELLUNGEN UND PLANUNGEN BESITZEN SIE, UM DIE NACHHALTIGE FINANZWIRTSCHAFT ZU STÄRKEN UND FIT ZU MACHEN FÜR DIE UMSETZUNG DER SDGs UND DES KLIMAABKOMMENS VON PARIS, Z. B. MIT BLICK AUF BESTEHENDE GESETZE: IMMOBILIEN-INVESTMENTFONDSGESETZ, IMMOINVFG; BETRIEBLICHES MITARBEITER- UND SELBSTÄNDIGEN-VORSORGESETZ BMVG; PENSIONS-KASSENGESETZ-PKG?



Wir werden darauf pochen, in allen Sektoren Maßnahmen zu setzen, um die Beschlüsse von Paris umzusetzen. Dabei fokussieren wir u. a. auch auf Investitionen in den Bereichen erneuerbarer Energien, Verkehr und thermische Sanierung mit entsprechenden Finanzierungsmöglichkeiten für eine nachhaltig orientierte Finanzwirtschaft. Bei finanzmarktrelevanten Gesetzesmaterien liegt ein besonderes Augenmerk auf Divestment bzw. auf der Stärkung des Bewusstseins für nachhaltige Veranlagungen bzw. ethischer Investments. Im Einflussbereich der öffentlichen Hand fordern wir eine umfassende Erhebung des Exposures im fossilen Sektor sowie die Erarbeitung einer Strategie zur kurz- und mittelfristigen Umschichtung dieser Mittel in klimaverträgliche Unternehmungen.



Grundsätzlich glauben wir, dass eine breite Bewusstseinsbildung stattfinden muss. Die Unternehmen – auch jene Institute der Finanzwirtschaft – werden darauf reagieren. Eine Wirkungsorientierung, in Bezug auf die Auswirkungen auf das Klima, wäre bei Gesetzesvorlagen aber hilfreich. Auch um Entscheidungsträgern die Auswirkungen aufzuzeigen, wenn man sie vielleicht nicht gleich erwartet.

DIE KOMPAKT-ANTWORT DER ÖVP



Nachhaltigkeit in der Finanzwirtschaft: Zu den von Ihnen übermittelten Wahlprüfsteinen kann ich Ihnen versichern, dass die Volkspartei den Prinzipien einer nachhaltigen und sozial verträglichen Finanzwirtschaft positiv gegenübersteht. Die Bedürfnisse der Gegenwart gehören gedeckt, ohne dadurch die Chancen künftiger Generationen zu schmälern. Für uns sind der nachhaltige Umgang mit der Natur und eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung keine Gegensätze, sondern zwei Seiten einer Medaille. Unser Modell der Ökosozialen Marktwirtschaft ermöglicht die Balance zwischen leistungsfähiger Wirtschaft, gesellschaftlicher Solidarität und ökologischer Nachhaltigkeit. Das ist die Grundlage für einen allumfassenden Wohlstand.

Zur Frage nachhaltiger Investments ist zu sagen, dass die Europäische Union in ihrem Regelwerk für institutionelle Investoren (Versicherungen, Pensionskassen, Kapitalanlagegesellschaften) von einem „prudent-person-Ansatz“ ausgeht, d.h. die Veranlagungsentscheidungen sind von den Unternehmen zu treffen und die Mitgliedstaaten dürfen keine Vorgaben machen bzw. systematische Genehmigungen vorsehen. Die Entscheidungsautonomie der Branche und vor allem der Konsumentinnen und Konsumenten ist hier ein wichtiger Grundsatz, dem bei der nationalen Umsetzung auch gefolgt wird. In diesem Bereich dürfen wir daher EU-rechtlich gar keine zusätzlichen gesetzlichen Vorgaben oder Einschränkungen machen.

Ein Beispiel in diesem Zusammenhang ist die IORP II (Pensionsfonds-RL). Diese hält fest, dass bei Anlageentscheidungen auch sogenannte ESG-Faktoren (environmental, social, governance) Rechnung getragen werden kann – dies ist auch im österreichischen Pensionskassengesetz (nicht zuletzt auf Anregung der ÖGUT) bereits seit 2005 umgesetzt. Außerdem steht auf europäischer Ebene der Beschluss über das „Pan-European Pension Product“ an, das einheitlichere Standards für Pensionsvorsorgeprodukte in Europa festlegen soll und in dem ebenfalls ESG –Faktoren maßgeblich Berücksichtigung finden werden. Hier wird in den nächsten Wochen mit einem Vorschlag durch die Kommission gerechnet, wir werden unseren aktiven Beitrag leisten, damit es im nächsten Jahr zu einer Umsetzung kommt.

Grundsätzlich sind institutionelle Investoren ihren Kunden verpflichtet und sollen den bestmöglichen Ertrag erwirtschaften. Bei vielen Kundenbeziehungen ist Nachhaltigkeit bei Investitionen ein wichtiger Bestandteil, dies soll aber immer in der jeweiligen Kundenbeziehung entsprechend den Bedürfnissen festgelegt werden, ein gesetzlicher Zwang wird von uns nicht befürwortet.

Antwort Stefan Riedl, Politik & Strategie, ÖVP

DIE KOMPAKT-ANTWORT DER FPÖ



Nachhaltigkeit ist für die Zukunft von uns sehr bedeutsam und darf weder ein Schlagwort bleiben noch als Pseudo-Begründung für hinterfragenswerte Maßnahmen herhalten. Nachhaltigkeit bedeutet, nachfolgenden Generationen eine sichere und lebenswerte Zukunft zu hinterlassen. Maßnahmen, die wir heute treffen, dürfen sich nicht über Jahre und Jahrzehnte negativ auswirken und unsere Kinder und Enkelkinder daran hindern, eine lebenswerte Zukunft gestalten zu können.

Nachhaltigkeit im Finanzsektor bedeutet, mit den Ressourcen so zu haushalten, dass auch künftige Generationen genug Geld zur Umsetzung notwendiger Vorhaben und zur Finanzierung ihres Lebens zur Verfügung haben. Wichtig ist aber auch darauf zu achten, wie und wofür budgetäre Mittel eingesetzt werden, dabei muss man darauf achten, dass öffentliche Gelder so eingesetzt werden, dass sie nachhaltig wirken, sich also positiv auf unser Klima, die Umwelt aber auch die Arbeitswelt und Sozialbelange auswirken.

Ein zukunftsorientierter und nachhaltig finanzierter Staat unterscheidet sich von einem Staat, der nicht in seine Zukunft investiert, dadurch, dass er einerseits einen ausgeglichenen Staatshaushalt hat und andererseits der Anteil der Ausgaben für Bildung und Forschung an den Gesamtausgaben deutlich höher ist.

Von den Gesamtausgaben des österreichischen Staates, die im Übrigen wie die Gesamteinnahmen seit Jahren deutlich über der Inflationsrate wachsen, in Höhe von 178,5 Milliarden Euro (2016) entfallen mittlerweile 76,3 Milliarden auf soziale Sicherung und 28 Milliarden auf Gesundheit. In Summe sind dies 104,3 Milliarden oder 58,6 Prozent der Gesamtausgaben im Jahr 2016. Im Jahr 2004 haben diese Kosten noch 53 Prozent der Gesamtausgaben betragen. Mit einer ausgewogenen, fairen Sozialpolitik könnten die Ausgaben noch immer bei 53 Prozent der Gesamtausgaben liegen, was in absoluten Zahlen dennoch schöne Steigerungsraten bedeutet hätte. Aber wir hätten auf heutiger Basis fast 20 Milliarden pro Jahr(!) eingespart. 20 Milliarden, die in Bildung, moderne Infrastruktur und Schuldentrückzahlungen investiert werden könnten.

Im Pensionssystem ist es ein Gebot der Stunde, die systemischen Probleme ehrlich aufzuzeigen und nachhaltige Lösungsvorschläge vorzubringen. Das Thema mit Parolen wie „Die Pensionen sind sicher“ zu leugnen und zuzusehen, wie die Belastungen für das allgemeine Budget explodieren, ist weder ehrlich noch nachhaltig. Grundlegende Fakten und bestehende Probleme im österreichischen Pensionssystem müssen angesprochen und gelöst werden: Österreich weist mit 14,9 Prozent des BIP im Vergleich zum EU28-Schnitt von 12,6 Prozent des BIP deutlich höhere Pensionsausgaben auf, in Absolutbeträgen sind das 10 Milliarden Euro. Österreich liegt im internationalen Vergleich mit den ASVG-Pensionen im Durchschnitt, hat jedoch sehr viele privilegierte Zusatzpensionsregelungen, die auch von den Rechnungshöfen kritisiert werden. Österreich hat im internationalen Vergleich ein sehr niedriges faktisches Pensionsantrittsalter und eine niedrige Erwerbsquote bei den Über-55-Jährigen. Die Differenz zwischen faktischem Pensionsantrittsalter und Lebenserwartung betrug im Jahr 1970 bei Männern 4,6 Jahre und bei Frauen 13 Jahre. Im Jahr 2015 betrug diese Differenz bei Männern 17,4 Jahre und bei Frauen 24,4 Jahre. Die staatlichen Zuschüsse zur ASVG-Pensionsversicherung werden in den nächsten Jahren von derzeit rund 10 Milliarden Euro bis 2021 auf 13,4 Milliarden noch weiter ansteigen. Die Lebenserwartung wird weiter steigen, darauf muss das Pensionssystem vorbereitet sein.

Die FPÖ strebt ein über den Konjunkturzyklus ausgeglichenes Budget an. Wir wollen nachfolgende Generationen nicht mit weiteren Schulden belasten.

Sinn und Zweck des Staates ist es, dem in ihm lebenden Staatsvolk unter der Perspektive der Nachhaltigkeit optimale Lebensbedingungen zu ermöglichen. Nachhaltige Maßnahmen für Unternehmen, Arbeitnehmer und Sozialstaat sind nur finanzierbar, wenn der Staat erkennt, dass er entsprechend dem freiheitlichen Grundverständnis seine Aufgaben auf ein vernünftiges Maß einzuschränken hat. Ein Staat, der sich in einer makroökonomisch gesunden

Situation befindet und gleichzeitig seine Bürger möglichst wenig belastet, ist ein starker und anerkannter Staat und gilt der FPÖ als anzustrebendes Ziel.

Nachhaltigkeit spielt in vielen Bereichen unserer Gesellschaft eine Rolle; so ist eine Steigerung öffentlicher Forschungs- und Entwicklungsförderung von vorrangiger Bedeutung für die österreichische Wirtschaft und ihre Technologiesektoren und somit für eine nachhaltige zukünftige Entwicklung des Standorts Österreich.

Nachhaltigkeit ist auch im Verkehr wichtig. Die FPÖ bekennt sich zum Individualverkehr. Neue Technologien ermöglichen in immer höherem Ausmaß eine umweltschonende Nutzung individueller Verkehrsmittel. Gleichzeitig muss aber auch der öffentliche Verkehr ausgebaut und bedarfsgerecht adaptiert werden.

Nachhaltigkeit kann gemeinsam mit den Bürgern erreicht werden: In einer Studie wurde die Entwicklung der Staatsfinanzen aller 25 Schweizer Kantone in den vergangenen 110 Jahren untersucht. Dabei wurde festgestellt: Je stärker die Einwohner in einem Kanton selbst über die Staatsausgaben mitreden können, desto besser ist es dort um die öffentlichen Finanzen bestellt.

Dies zeigt, dass das direkte Mitspracherecht der Wähler die Verschwendungssucht der öffentlichen Hand erheblich bremst!

Das **Forum Nachhaltige Geldanlagen (FNG)**, der Fachverband für Nachhaltige Geldanlagen in Deutschland, Österreich und der Schweiz, repräsentiert mehr als 180 Mitglieder, die sich für mehr Nachhaltigkeit in der Finanzwirtschaft einsetzen. Dazu zählen Banken, Kapitalanlagegesellschaften, Rating-Agenturen, Finanzberater, wissenschaftliche Einrichtungen und Privatmitglieder. Das FNG fördert den Dialog und Informationsaustausch zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Politik und setzt sich seit 2001 für verbesserte rechtliche und politische Rahmenbedingungen für nachhaltige Investments ein. Das FNG verleiht das Transparenzlogo für nachhaltige Publikumsfonds, gibt die FNG-Nachhaltigkeitsprofile und die FNG-Matrix heraus und ist Gründungsmitglied des europäischen Dachverbandes Eurosif.

Kontakt:

Mag. Wolfgang Pinner, stellvertretender Vorstandsvorsitzender und Leiter FNG Österreich: pinner@forum-ng.org
Claudia Tober, Geschäftsführerin FNG: tober@forum-ng.org
www.forum-ng.org

Die **Österreichische Gesellschaft für Umwelt und Technik (ÖGUT)** ist eine unabhängige Non-Profit-Organisation, die sich für eine nachhaltige Ausrichtung von Wirtschaft und Gesellschaft einsetzt. Als Plattform für nachhaltige Entwicklung vernetzt die ÖGUT rund 90 Organisationen und Institutionen aus Wirtschaft, Verwaltung, Wissenschaft und Umwelt und entwickelt innovative Lösungen in den Themenfeldern Energie, Gender & Diversität, Innovatives Bauen, Konsum & Lebensqualität, Partizipation und Ressourcen. Im Themenfeld Grünes Investment arbeitet die ÖGUT an der Stärkung und Gestaltung eines „Nachhaltigen Finanzmarktes“. Die ÖGUT schafft Bewusstsein für Grüne Geldanlagen (z.B. www.gruenesgeld.at), führt die Nachhaltigkeitszertifizierung der betrieblichen Vorsorgekassen und Pensionskassen durch, erstellt Gutachten und schult AnlageberaterInnen in Richtung Nachhaltigkeit.

Kontakt:

Monika Auer, Generalsekretärin ÖGUT: monika.auer@oegut.at
www.oegut.at